



ÜBERSETZUNG

STAATSRAT

Gesetzgebungsabteilung

Gutachten 70.583/VR
vom 10. Dezember 2021

über

einen Vorentwurf eines Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft ,zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 29. November 2021 zur Änderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat, dem COVID Safe Ticket, dem PLF und der Verarbeitung personenbezogener Daten von Lohnempfängern und Selbständigen, die im Ausland leben oder wohnen und in Belgien Tätigkeiten ausüben‘

Am 30. November 2021 wurde der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, von dem Vize-Ministerpräsidenten, Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft darum gebeten, innerhalb einer Frist von fünf Werktagen, die auf acht Werktage verlängert wurde^(*), ein Gutachten über einen Vorentwurf eines Dekrets ‚zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 29. November 2021 zur Änderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat, dem COVID Safe Ticket, dem PLF und der Verarbeitung personenbezogener Daten von Lohnempfängern und Selbständigen, die im Ausland leben oder wohnen und in Belgien Tätigkeiten ausüben‘ abzugeben.

Der Vorentwurf wurde von den vereinigten Kammern am 7. Dezember 2021 untersucht. Die vereinigten Kammern setzten sich zusammen aus Martine BAGUET, Kammerpräsident, Präsident, Wilfried VAN VAERENBERGH, Kammerpräsident, Jeroen VAN NIEUWENHOVE, Luc CAMBIER, Bernard BLERO und Koen MUYLLE, Staatsräte, Jan VELAERS und Sébastien VAN DROOGHENBROECK, Beisitzer, und Annemie GOOSSENS, Greffier, und Charles-Henri VAN HOVE, stellvertretender Greffier.

Der Bericht wurde von Xavier DELGRANGE, erster Auditor-Abteilungsleiter, Tim CORTHAUT und Jonas RIEMSLAGH, Auditoren, und Anne-Stéphanie RENSON, beigeordneter Auditor, vorgelegt.

Das Gutachten, dessen Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, wurde am 10. Dezember 2021 abgegeben.

*

^(*) Diese Verlängerung ergibt sich aus Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 3 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, dem zufolge die Frist von fünf Werktagen auf acht Werktage verlängert wird, wenn das Gutachten unter Anwendung von Artikel 85bis von den vereinigten Kammern abgegeben wird.

1. Laut Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 3 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat müssen in dem Begutachtungsantrag die Gründe angegeben werden, die dessen dringenden Charakter nachweisen.

In vorliegendem Fall wird die Dringlichkeit wie folgt begründet:

„Die Dringlichkeit ist dadurch begründet, dass der Konzertierungsausschuss diese Anpassungen auf der Grundlage der Empfehlungen der verschiedenen Expertengruppen beantragt hat, wonach der Aspekt der privaten Treffen am besten so schnell wie möglich an die Vorschriften für Massenveranstaltungen angepasst werden sollte, mit Ausnahme von privaten Treffen, die ohne professionelle Unterstützung zu Hause stattfinden. Neben dem globalen Kampf gegen die Pandemie liegt der Schwerpunkt der Strategie eindeutig auch auf bekannten Problembereichen, in denen schnellstmöglich für eine angemessene Regulierung gesorgt werden muss, insbesondere im Hinblick auf das bevorstehende Jahresende. Auf diese Weise können begrenzte und spezifische private Treffen fortgesetzt werden, ohne dass unerwünschte Lücken in der Pandemiebekämpfung entstehen.

Daher ist es wichtig, dass dieses Zusammenarbeitsabkommen so bald wie möglich verabschiedet und zusammen mit den verschiedenen Billigungsrechtsakten im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht wird, um einen soliden Rechtsrahmen für die notwendige Datenverarbeitung, die geplanten Erweiterungen (private Treffen) für die Verwendung des digitalen EU-COVID-Zertifikats und des COVID Safe Tickets für den innerbelgischen Gebrauch zu schaffen.“

*

2. Gemäß Artikel 84 § 3 Absatz 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat hat sich die Gesetzgebungsabteilung darauf beschränken müssen, die Befugnis des erlassenden Organs, die Rechtsgrundlage¹ sowie die Frage, ob die vorgeschriebenen Formvorschriften eingehalten worden sind, zu untersuchen.

*

TRAGWEITE DES VORENTWURFS

3. Der zur Begutachtung vorgelegte Dekretvorentwurf zielt darauf ab, dem Zusammenarbeitsabkommen vom 29. November 2021 ‚zur Änderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat, dem COVID Safe Ticket, dem PLF und der Verarbeitung personenbezogener Daten von Lohnempfängern und Selbständigen, die im Ausland leben oder wohnen und in Belgien Tätigkeiten ausüben‘ zuzustimmen.

¹ Da es sich um einen Dekretvorentwurf handelt, wird unter „Rechtsgrundlage“ die Übereinstimmung mit den höheren Rechtsnormen verstanden.

Die durch dieses Zusammenarbeitsabkommen vorgenommenen Abänderungen betreffen die Nutzung des COVID Safe Tickets bei bestimmten privaten Treffen (Artikel 1 und 3 des Zusammenarbeitsabkommens) und die Ersetzung, in Artikel 12 § 4 des abzuändernden Zusammenarbeitsabkommens, der Altersgrenze von 12 Jahren durch eine Altersgrenze von 12 Jahren und drei Monaten (Artikel 2).

ZUSTÄNDIGKEIT

4. Die Parteien des Abänderungszusammenarbeitsabkommens sind dieselben Parteien wie diejenigen des abzuändernden Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission ‚über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat, dem COVID Safe Ticket, dem PLF und der Verarbeitung personenbezogener Daten von Lohnempfängern und Selbständigen, die im Ausland leben oder wohnen und in Belgien Tätigkeiten ausüben‘. In den Gutachten 69.730/VR bis 69.736/VR vom 9. Juli 2021 über die Vorentwürfe der Zustimmungstexte zu dem Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2021 wurde Folgendes bezüglich der Zuständigkeit der Parteien dieses Zusammenarbeitsabkommens dargelegt:

„Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen bezieht sich auf drei Formen der Verarbeitung personenbezogener Daten: diejenige im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat und dem Covid Safe Ticket, diejenige im Zusammenhang mit dem *Passenger Locator Form* (PLF) und diejenige in Bezug auf die Lohnempfänger und Selbständigen, die im Ausland leben oder wohnen und in Belgien Tätigkeiten ausüben.

Beim Abschließen dieses Zusammenarbeitsabkommens können sich die Flämische Gemeinschaft, die Deutschsprachige Gemeinschaft, die Französische Gemeinschaft, die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, die Französische Gemeinschaftskommission und die Wallonische Region sich hauptsächlich auf ihre Zuständigkeit, bzw. auf die von ihr ausgeübte Zuständigkeit² im Bereich der Präventivmedizin stützen³.

Das Abschließen dieses Zusammenarbeitsabkommens fällt auch in den Zuständigkeitsbereich der Föderalbehörde, unter anderem auf der Grundlage ihrer Restbefugnis in Sachen gesundheitliche Überwachung, Zivilschutz und Zivilsicherheit⁴ und in Sachen Kontrolle der Außengrenzen, sowie aufgrund ihrer Befugnis im Bereich der wissenschaftlichen Forschung⁵.

² Fußnote 4 aus Gutachten 69.734/VR: In Ausführung von Artikel 138 der Verfassung, durch das Sonderdekret der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014, das Dekret der Französischen Gemeinschaftskommission vom 4. April 2014 und das Dekret der Wallonischen Region vom 11. April 2014 ‚relatif aux compétences de la Communauté française dont l'exercice est transféré à la Région wallonne et à la Commission communautaire française‘.

³ Fußnote 5 aus Gutachten 69.734/VR: Artikel 5 § 1 I Absatz 1 Nr. 8 des Sondergesetzes vom 8. August 1980.

⁴ Fußnote 6 aus Gutachten 69.734/VR: Siehe das Gutachten Nr. 68.936/AV vom 7. April 2021 über einen Vorentwurf eines Gesetzes ‚betreffende de maatregelen van bestuurlijke politie tijdens een epidemische noodsituatie‘, Parl. Dok., Kammer, 2020-2021, Nr. 55-1951/001, S. 64-68.

⁵ Fußnote 7 aus Gutachten 69.734/VR: Artikel 6bis §§ 2 und 3 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 ‚zur Reform der Institutionen‘.

Aus dem Vorstehenden folgt, dass die verschiedenen Verarbeitungen von Daten aus der jeweiligen Ausübung der eigenen Zuständigkeiten jedes Teilgebiets das Abschließen eines Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Föderalbehörde, der Flämischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Wallonischen Region rechtfertigen.“⁶

Die Änderung, die durch das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen vorgenommen wird, führt nicht zu einer anderen Meinung bezüglich der Zuständigkeit der betreffenden Parteien. Die Tatsache, dass die betreffenden Änderungen sich inhaltlich auf das COVID Safe Ticket beziehen und dass in den entworfenen Bestimmungen ausdrücklich vorgesehen wird, auf welche Weise und durch welche Behörden die Verwendung des COVID Safe Tickets geregelt werden kann, ändert auch nichts an dieser Feststellung.

Die Tatsache, dass die Regelung der Verwendung des COVID Safe Tickets den entworfenen Änderungen zufolge in bestimmten Fällen und unter bestimmten Bedingungen einem bestimmten föderierten Teilgebiet überlassen wird⁷, kann in die Zuständigkeiten der Gemeinschaften im Bereich der präventiven Gesundheitspflege hineinpassen, die im Gutachten 68.936/AV vom 7. April 2021 wie folgt definiert wurden:

„26. Uit voornoemde advies nr. 68.338/3/AV^[8] blijkt ook dat de gemeenschapsbevoegdheid inzake preventieve gezondheidszorg ruim kan worden geïnterpreteerd en dat deze ook de mogelijkheid omvat ‘om verplichtingen op te leggen aan personen die zich in een situatie bevinden die specifiek verband houdt met deze bevoegdheid’. Zo zijn ook de gemeenschappen bevoegd de toegang tot bepaalde plaatsen te verbieden, om beperkingen aan de vrijheid om zich te verplaatsen in te voeren, om contactbeperkingen op te leggen, om een sociale afstandsvereiste (‘social-distancing’ plicht) of de verplichting om een mondk masker te dragen, op te leggen, althans voor zover deze maatregelen zich ‘niet tot de bevolking in het algemeen’ richten, doch specifiek omschrijven ‘op welke plaatsen en/of in welke omstandigheden die maatregelen, die rechtstreeks gericht moeten zijn tot personen met een (risico op een) infectie met een besmettelijke ziekte en die rechtstreeks te maken moeten hebben met ziektes en aandoeningen’ worden opgelegd.

27. De bevoegdheid van de gemeenschappen inzake preventieve gezondheidszorg heeft evenwel geen algemene draagwijdte. Maatregelen die niet rechtstreeks gericht zijn tot personen met een (risico op een) infectie met een besmettelijke ziekte, maar op de

⁶ Siehe insbesondere das Gutachten 69.734/VR des Staatsrates vom 9. Juli 2021 über einen Vorentwurf, der zum Dekret vom 19. Juli 2021 ‚zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat, dem COVID Safe Ticket, dem PLF und der Verarbeitung personenbezogener Daten von Lohnempfängern und Selbständigen, die im Ausland leben oder wohnen und in Belgien Tätigkeiten ausüben‘ geworden ist (www.raadvst-consetat.be/dbx/gutachten/69734.pdf).

⁷ Nämlich im entworfenen Artikel 13 § 9 Absatz 3.

⁸ Gutachten 68.338/3/GV vom 12. Januar 2021 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. Oktober 2021 ‚zur Abänderung des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention‘ geworden ist (www.raadvst-consetat.be/dbx/adviezen/68338.pdf).

bevolking in het algemeen, kunnen niet worden beschouwd als ‘activiteiten en diensten op het vlak van preventieve gezondheidszorg’(...)‘.⁹

Die Fälle, in denen die Verwendung des COVID Safe Tickets gemäß der entworfenen Regelung eingeführt werden kann, sind hinreichend spezifisch und abgegrenzt, um in die oben erwähnte Gemeinschaftszuständigkeit im Bereich der präventiven Gesundheitspflege hineingepasst werden zu können. Es handelt sich immer noch um gezielte Maßnahmen, um Infektionen in privaten Treffen zu beschränken. Es geht nicht um eine Maßnahme, die sich an die Bevölkerung im Allgemeinen richtet, sondern um eine Maßnahme, die Personen betrifft, die sich in einer Umgebung befinden werden, in der ohne diese Maßnahme ein deutlich erhöhtes Infektionsrisiko besteht.

Bei der eventuellen Ausarbeitung solcher Maßnahmen durch die Französische Gemeinschaft, die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission wird jedoch die teilweise Übertragung der Ausübung der Zuständigkeiten der Französischen Gemeinschaft im Bereich der präventiven Gesundheitspflege berücksichtigt werden müssen, wodurch bestimmte Aspekte auf die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen worden sind, während die Französische Gemeinschaft für andere Aspekte zuständig geblieben ist¹⁰.

5. Wie in den allgemeinen Erläuterungen erklärt wird, sollen private Treffen gemäß dem vorliegenden Zusammenarbeitsabkommen der Verwendung des COVID-Safe-Tickets unterliegen, „sofern und nur insoweit dass der anwendbare Königliche Erlass zur Durchführung von Artikel 4, § 1 des Gesetzes vom 14. August 2021 über verwaltungspolizeiliche Maßnahmen während eines epidemischen Notfalls die Verwendung des COVID Safe Tickets bei privaten Treffen erlaubt“. Dem entworfenen Artikel 13 § 9 Absatz 3 zufolge dürfen die föderierten Teilgebiete ebenfalls strengere Durchführungsmaßnahmen für das COVID Safe Ticket bei privaten Treffen ergreifen, „soweit und nur insoweit, wie der aktuelle königliche Erlass zur Umsetzung von Artikel 4, § 1 des Gesetzes vom 14. August 2021 über Maßnahmen der Verwaltungspolizei während eine[r] epidemischen Notlage (...) die Verwendung des COVID Safe Tickets bei privaten Sitzungen [erlaubt]“.

Aus dem Vorgehenden wäre zu schließen, dass die föderierten Teilgebiete demzufolge die Verwendung des COVID Safe Tickets bei privaten Treffen nicht auferlegen können, wenn die Föderalbehörde diese Verwendung nicht vorher erlaubt hat. Die föderierten Teilgebiete wären nur dann ermächtigt, strengere Durchführungsmaßnahmen zu ergreifen, wenn die Föderalbehörde sie zuvor dazu ermächtigt hat.

⁹ Gutachten 68.936/AV vom 7. April 2021 über einen Vorentwurf, der zum Gesetz vom 14. August 2021 ‚über verwaltungspolizeiliche Maßnahmen in einer epidemischen Notsituation‘ geworden ist (www.raadvst-consetat.be/dbx/adviezen/68936.pdf).

¹⁰ Siehe Artikel 3 Nr. 6 e) und f) des Sonderdekrets der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014 ‚relatif aux compétences de la Communauté française dont l’exercice est transféré à la Région wallonne et à la Commission communautaire française‘, Artikel 3 Nr. 6 e) und f) des Dekrets der Französischen Gemeinschaftskommission vom 4. April 2014 ‚relatif aux compétences de la Communauté française dont l’exercice est transféré à la Région wallonne et à la Commission communautaire française‘ und Artikel 3 Nr. 6 e) und f) des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. April 2014 ‚relatif aux compétences de la Communauté française dont l’exercice est transféré à la Région wallonne et à la Commission communautaire française‘.

Im Gutachten Nr. 68.936/AG bemerkte die Gesetzgebungsabteilung, dass neben der Föderalbehörde, die Gemeinschaften und Regionen auch über Zuständigkeiten verfügen, die sie zur Bekämpfung einer epidemischen Notsituation ausüben können¹¹, unter denen die Möglichkeit - für die Gemeinschaften - die Verwendung des COVID Safe Tickets im Rahmen ihrer Zuständigkeiten im Bereich der Präventivmedizin zu regeln, und zwar unter Berücksichtigung der gegebenenfalls von der Föderalbehörde getroffenen Maßnahmen, die die förderierten Teilgebiete nur strenger machen können.

Darüber befragt antworteten die Beauftragten Folgendes:

„Dit slaat enkel op de activatie van de epidemiologische noodsituatie op basis van de pandemiewet. Het is niet zo dat deze regelgeving afhankelijk wordt gemaakt aan regelgeving die is voorzien in het desbetreffende KB (rangorde der wetten) buiten eventuele parameterisatie waarbij dan in het voorliggend wetgevend samenwerkingsakkoord expliciet verwezen wordt naar het KB maatregelen van 27 oktober 2021.“

Wie die Beauftragten es bestätigten, wird demzufolge nicht beabsichtigt, ein vorheriges Eingreifen der Föderalbehörde für die Erweiterung des COVID Safe Tickets auf private Treffen vorzusehen.

Somit sind die Regelung und die allgemeinen Erläuterungen in diesem Sinne anzupassen.

FORMVORSCHRIFTEN

6. Aus den dem Staatsrat vorgelegten Unterlagen geht hervor, dass das Gutachten der Datenschutzbehörde über das Abänderungszusammenarbeitsabkommen beantragt wurde, aber noch nicht abgegeben worden ist.

7. Gemäß Artikel 17 § 2 Absatz 1 Nr. 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021, der die COVIDScan-Anwendung betrifft, muss ein „CST-Modul“ zum Einlesen und zur Generierung des Covid Safe Tickets benutzt werden. Da die Verordnung (EU) 2021/953 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2021 „über einen Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung interoperabler Zertifikate zur Bescheinigung von COVID-19-Impfungen und -Tests sowie der Genesung von einer COVID-19-Infektion (digitales COVID-Zertifikat der EU) mit der Zielsetzung der Erleichterung der Freizügigkeit während der COVID-19-Pandemie“ kein COVID Safe Ticket vorsieht, ist der Gebrauch eines „CST-Moduls“ als eine technische Vorschrift im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 f) der Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 „über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft“, und insbesondere als eine Vorschrift betreffend Dienste der Informationsgesellschaft im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 e) dieser Richtlinie zu betrachten. Gemäß Artikel 5 der Richtlinie (EU) 2015/1535 ist eine solche technische Vorschrift der

¹¹ Gutachten Nr. 68.936/AG, Bemerkung 23.

Europäischen Kommission mitzuteilen. Dies gilt auch für die entworfene Erweiterung der Verwendung dieses „CST-Moduls“ für private Treffen, da Artikel 17 § 2 Absatz 1 Nr. 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 unter anderem auf Artikel 13 dieses Zusammenabkommens verweist, der durch das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen ergänzt wird.

In diesem Fall ist gemäß Artikel 6 dieser Richtlinie eine Wartezeit von (mindestens) drei Monaten einzuhalten, ehe der Vorentwurf angenommen werden kann. Gemäß Artikel 6 Absatz 7 gilt diese Wartezeit jedoch nicht, wenn ein Mitgliedstaat aus dringenden Gründen, die durch eine ernste und unvorhersehbare Situation entstanden sind und sich auf den Schutz (unter anderem) der Gesundheit von Menschen beziehen, gezwungen ist, ohne die Möglichkeit einer vorherigen Konsultation in kürzester Frist technische Vorschriften auszuarbeiten, um sie unverzüglich zu erlassen und in Kraft zu setzen. Auch in diesem Fall ist die Mitteilung an die Europäische Kommission noch immer erforderlich und muss die Dringlichkeit in dieser Mitteilung begründet werden. Die Europäische Kommission äußert sich dann binnen kürzester Frist zu dieser Mitteilung.

Demzufolge muss das Zusammenarbeitsabkommen der Europäischen Kommission mitgeteilt werden, wobei die Dringlichkeit der Verabschiedung des Vorentwurfs über dessen Zustimmung dann zur Rechtfertigung der Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Wartezeit erwähnt werden kann.

8. Es geht nicht hervor, dass das Gutachten des Beirats für Gesundheitsförderung bereits eingeholt wurde. Dieses Gutachten ist sowieso einzuholen, da das COVID Safe Ticket als eine Maßnahme „auf struktureller Ebene“ bezüglich der „Schaffung gesundheitsfördernder Rahmenbedingungen insbesondere im Schulalltag, in der Arbeitswelt sowie im Freizeitbereich“ im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 des Dekrets vom 1. Juni 2004 ‚zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention‘ betrachtet werden kann und somit einen Teil der Gesundheitsförderung im Sinne dieses Dekrets bildet. Gemäß Artikel 7 § 1 Absatz 3 dieses Dekrets muss jeder Dekretvorentwurf über diese Angelegenheit dem Beirat für Gesundheitsförderung zur Begutachtung vorgelegt werden.

9. Sollte an dem Staatsrat vorgelegten Text infolge der Erfüllung der o.a. Formvorschrift noch Abänderungen vorgenommen werden¹², so sind die abgeänderten oder hinzugefügten Bestimmungen zwecks Einhaltung der Vorschrift von Artikel 3 § 1 Absatz 1 der Gesetze über den Staatsrat der Gesetzgebungsabteilung vorzulegen.

¹² Nämlich andere Abänderungen, als diejenigen, die in diesem Gutachten erwähnt sind oder als diejenigen, die darauf abzielen, den in diesem Gutachten formulierten Bemerkungen gerecht zu werden.

UNTERSUCHUNG DES TEXTES DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS

A. Über die Verhältnismäßigkeit der Erweiterung des COVID Safe Tickets auf private Treffen

10. Wie die Gesetzgebungsabteilung es bereits in ihren vorhergehenden Gutachten diesbezüglich hat bemerken können¹³, schränkt die Durchführung des COVID Safe Ticket-Mechanismus eine Reihe von Rechten und Freiheiten, wie das Recht auf Achtung des Privatlebens, die Verkehrsfreiheit oder sogar die Versammlungsfreiheit, ein.

Die Anwendung des COVID Safe Tickets wurde ursprünglich für die Test- und Pilotprojekte sowie für die Massenveranstaltungen bis zum 30. September 2021 im Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2021 vorgesehen.

Der materielle und zeitliche Geltungsbereich der Anwendung des COVID Safe Tickets wurde ferner im Abänderungszusammenarbeitsabkommen vom 27. September 2021 ausgedehnt¹⁴.

So konnte die Verwendung des COVID Safe Tickets anderen Sektoren auferlegt werden, und zwar bis zum 30. Juni 2022. Es handelt sich insbesondere um das Hotel- und Gaststättengewerbe, Tanzsäle und Diskotheken, Sport- und Fitnessclubs, Messen und Kongresse, Einrichtungen des Kultur-, Fest- und Freizeitsektors sowie Pflegeeinrichtungen für hilfsbedürftige Personen.

In Anbetracht der Sach- und Rechtslage, die sie damals berücksichtigen konnte, vertrat die Gesetzgebungsabteilung in ihren Gutachten Nrn. 70.159/VR bis 70.164/VR und 70.169/VR vom 23. September 2021 über das o.a. Abänderungszusammenarbeitsabkommen vom 27. September 2021 die Ansicht, dass „die Einschränkung der Grundrechte, die sich aus der Erweiterung der Verwendung des COVID Safe Tickets ergibt, die (...) Erfordernisse der Rechtmäßigkeit, Legitimität und Verhältnismäßigkeit erfüllt“.

Angesichts des derzeitigen epidemiologischen Kontexts soll das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen fortan die für die « Massenveranstaltungen » geltende Regelung ebenfalls auf die « privaten Treffen » (mit Ausnahme von denjenigen, die in der privaten Wohnung organisiert werden und für die keine professionell organisierte Catering-Aktivitäten in Anspruch genommen werden) anwendbar machen.

¹³ Was das Recht auf Schutz der personenbezogenen Daten betrifft, siehe die Gutachten Nrn. 69.730/VR bis 69.736/VR vom 9. Juli 2021 über die Vorentwürfe von Zustimmungstexten zu dem Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2021. Was die Versammlungsfreiheit und die Verkehrsfreiheit betrifft, siehe die Gutachten Nrn. 70.159/VR bis 70.164/VR und 70.169/VR vom 23. September 2021 über die Vorentwürfe von Zustimmungstexten zu dem Abänderungszusammenarbeitsabkommen vom 9. September 2021.

¹⁴ Zusammenarbeitsabkommen vom 27. September 2021 zur Änderung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit dem digitalen EU-COVID-Zertifikat, dem COVID Safe Ticket, dem PLF und der Verarbeitung personenbezogener Daten von Lohnempfängern und Selbständigen, die im Ausland leben oder wohnen und in Belgien Tätigkeiten ausüben’.

Diese neue Ausweitung führt zu einer erweiterten Einschränkung der betreffenden Rechte und Freiheiten, da die Verwendung des COVID Safe Tickets fortan häufiger erforderlich sein wird und sich dadurch mehr auf das tägliche Leben der Bürger auswirken wird.

Unter Berücksichtigung der Rechte auf Leben und Gesundheit, die die Behörde übrigens schützen muss, kann und muss eine veränderte epidemiologische Lage selbstverständlich eine Anpassung der rechtlichen Mittel zur Bewältigung dieser Lage rechtfertigen¹⁵. Allerdings muss die so vorgenommene Anpassung dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gerecht werden, ohne, dass die grundsätzliche Zulässigkeit des COVID Safe Tickets in Frage gestellt werden sollte.

In ihrem Gutachten Nr. 68.936/AV hat die Gesetzgebungsabteilung an Folgendes erinnert:

„Le principe de proportionnalité est lui aussi un principe général en matière de limitations des droits fondamentaux [...]. Traditionnellement, on considère que ces limitations sont soumises à trois conditions : celles d'adéquation, de nécessité et de proportionnalité au sens strict. Les restrictions aux droits fondamentaux doivent être adéquates pour atteindre le but légitime poursuivi, elles doivent être nécessaires pour atteindre ce but, ce qui est parfois défini comme étant l'exigence du moyen le moins intrusif (doctrine dite 'least restrictive alternative') et, enfin, elles doivent être proportionnées au sens strict, ce qui implique une mise en balance des intérêts en cause : il doit exister un équilibre raisonnable, ou 'fair balance', entre, d'une part, la protection des libertés et droits fondamentaux individuels et, d'autre part, l'intérêt sociétal qui est servi par la limitation.“¹⁶

Im Lichte des Vorstehenden ist also nachzuweisen, dass die Anpassung der COVID Safe Ticket-Regelung dem verfolgten Ziel angemessen ist, in dem Sinne, dass sie zu dessen Erreichung beitragen kann¹⁷, dass sie notwendig ist und dass sie nicht über das hinausgeht, was zur Erreichung des angestrebten Ziels erforderlich ist. Ein solcher Nachweis ist unter Berücksichtigung aller wissenschaftlichen Informationen zu erbringen, die zu dem Zeitpunkt, zu dem die betreffende Anpassung beschlossen wird, verfügbar sind, insbesondere in Bezug auf die festgestellte Wirksamkeit der Impfung und die Ausbreitungsrate des Virus in bestimmten Altersgruppen der Bevölkerung¹⁸.

¹⁵ Über diese positiven Verpflichtungen, siehe das Gutachten Nr. 68.936/AV, Bemerkungen 5 und 6.

¹⁶ *Ibid.*, Bemerkung 75.

¹⁷ Siehe das Gutachten 65.507/2 vom 25. März 2019 über einen Vorentwurf eines Dekrets 'organisant la fusion entre l'Université catholique de Louvain et l'Université Saint-Louis-Bruxelles et organisant l'intégration de l'Institut des Hautes Etudes des Communications Sociales de la Haute Ecole Galilée à l'Université Libre de Bruxelles', Bemerkung 1.4 (<http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/65507.pdf>).

¹⁸ Im Gutachten vom 14. November 2021 erklärt die GEMS-Gruppe insbesondere Folgendes: „The actual epidemiological data show that there is a linear increase of infections among pupils attending primary schools. With the emergence of delta, the role of schools and children ages 6-11 y in the actual epidemic has evolved. Data from school infections in Flanders show that the incidence in primary school children is about 4 x the incidence of secondary schools and 2 x the national average incidence. The most recent RAG report confirms that the incidence is highest in 7-12 years old nationwide. In addition, keeping distance and adequate ventilation are challenging in the actual school system.“ (...)“ (https://fdn01.fed.be/documents/c5b211c0e473174d32262ff4ea664406/GEMS_028_OCC%2020211119%20advies-1.pdf, 5).

Darüber befragt, haben die Beauftragten wie folgt geantwortet:

„Men mag niet uit het oog verliezen dat de reden waarom het Samenwerkingsakkoord van 27 september 2021 voorziet in de mogelijkheid tot het opleggen van een COVID Safe Ticket in risicovolle sectoren de bescherming van de volksgezondheid nastreeft.

Verder mag niet vergeten worden dat één van de belangrijkste redenen voor het CST tevens is het voorkomen van een overbelasting van ons zorgsysteem. Het COVID Safe Ticket is één van de hulpmiddelen om de besmettingsgraad en hospitalisatiegraad te verminderen door mogelijke virus-broeihaarden veiliger te maken op het gebied van viruscirculatie. Verwerende partij hanteert bewust het woord ‘veiliger’ want geen enkele maatregel biedt een garantie op gebied van veiligheid van gezondheid in de voorzieningen en activiteiten bedoeld in het Samenwerkingsakkoord van 27 september 2021 gelet op de zeer besmettelijke aard van het COVID-19 virus. Enkel veel verregaandere maatregelen, zoals een algemene lockdown, kunnen deze garantie bieden. CST is bij uitstek een voorbeeld van proportioneel beleid om te ontsnappen aan harde maatregelen die vrijheid van vergaderen totaal zouden inperken. De overheid investeert om die reden sterk in deze technologie, terwijl lockdown een veel eenvoudiger, goedkopere en effectieve maatregel is. Het hoeft weinig betoog dat dergelijke drastische maatregelen nefast zijn voor de economie, alsook voor het mentale welzijn, geluk en motivatie van de bevolking. Het opleggen van een COVID Safe Ticket-verplichting in risicovolle sectoren is één van die maatregelen die dient te voorkomen dat dergelijke drastische maatregelen opnieuw nodig zijn en laat toe dat zoveel mogelijk recreatieve, sociale, economische en culturele voorzieningen open blijven en activiteiten kunnen doorgaan. Anderzijds mag tevens de ontlasting van het zorgstelsel daarbij niet onderschat worden. We hebben reeds kunnen vaststellen dat vele operaties voor ernstige ziektes zoals kanker worden uitgesteld omdat er gewoonweg geen ziekenhuisbedden beschikbaar zijn op de afdelingen intensieve zorgen van de ziekenhuizen. Deze patiënten hebben evenveel recht op zorg als de COVID-19 patiënten, maar zij krijgen geen of beperkte toegang tot deze zorg omdat de ziekenhuisbedden worden ingenomen door deze laatste groep wanneer het COVID-19 virus woekert en de besmettingsgraad sterk stijgt. Indien gewenst kunnen de actuele en relevante ziekenhuiscijfers worden voorgelegd. De overheid was vooruitziend en voorzichtig, en dit bleek volledig terecht, zelfs in die mate dat louter en alleen rekenen op het CST allicht een nog te lichte maatregel blijkt.

De sectoren waar het COVID Safe Ticket op grond van het Samenwerkingsakkoord van 27 september 2021 kan worden opgelegd om toegang te krijgen tot de voorziening, zijn sectoren waar het risico op een snelle verspreiding (super spreaders) van het COVID-19 virus, desondanks de vaccinatiegraad, hoog blijft gelet op de Delta-variant (en mogelijks nieuwe varianten in de toekomst). Het hoeft weinig betoog dat door de intrinsieke aard van de activiteiten die plaatsvinden in discotheken, horeca, sport- en fitnessclubs, en beurzen en congressen en voorzieningen in de culturele, recreatie- en feestsector de nood voor effectieve maatregelen noodzakelijk is. Voor de voorzieningen waar kwetsbare personen worden opgevangen en het COVID Safe Ticket wordt toegepast op de bezoekers ervan, ligt de voornaamste reden voor het opleggen van het COVID Safe Ticket, in de mogelijke gevolgen van een uitbraak van het COVID-19 virus die vaak fataal is voor kwetsbare personen.

Daarenboven is het CST niet iets wat enkel gevaccineerden kunnen gebruiken. Het CST is vandaag nog altijd gestoeld op een vaccinatie-, herstel- OF testcertificaat.

Verder kan niet worden ontkend op basis van de statistische gegevens dat niet-gevaccineerden meer risico lopen op besmetting en ook besmettelijker zijn, minder beschermd zijn en vaak eenmaal besmet zwaarder ziek zijn, van laag tussen gevaccineerden, hoger tussen gevaccineerden en niet-gevaccineerden en heel hoog tussen niet-gevaccineerden onderling. Dit wijst opnieuw op aandacht voor de proportionaliteit, zelfs die contacten tussen niet-gevaccineerden blijven mogelijk met huidige CST regels. Bij gevaccineerden is de kans op overdracht nog altijd substantieel kleiner. Hierbij dient zeker gekeken te worden of bijkomende vaccinatie nodig is, mocht blijken dat het eerder toegediend vaccin zijn effectiviteit begint te verliezen. Het loutere feit dat een eerste dosis of twee dosissen van een vaccin zijn effectiviteit verliest doorheen de tijd en bijkomende dosis(sen) nodig is/zijn, doet toch geen afbreuk aan het feit dat het vaccin wel werkt: de morbiditeit naar beneden haalt, mensen beter beschermd tegen het vaccin en bij besmetting ervoor zorgt dat men niet zo zwaar ziek wordt, het gezondheidssysteem minder belast; dit terwijl we aan de andere kant het sociale leven kunnen openstellen en verhinderd dat we in lockdown moeten. Het feit dat daarbij ook nog andere maatregelen aan gekoppeld worden, doet ook geen afbreuk aan het voorgaande. We hebben toch ook niet ineens gesteld: geen mondklappers meer, want kijk na de eerste, tweede golf kwam er nog een andere golf en mensen blijven besmet geraken: dus ze helpen niet. Naar analogie kan men kijken naar de onderliggende certificaten en de vaccinatie-en teststrategie.

Op grond van het voorgaande kan de redenering als zou het CST onvoldoende zekerheid bieden voor de mensen die gevaccineerd zijn, om niet besmet te geraken, en daarom niet langer proportioneel is ondersteunen wij niet. Het CST biedt de zekerheid dat de mensen die bijeenkomen ofwel niet besmet zijn ofwel voldoende beschermd zijn indien ze een besmet zouden geraken. De achterliggende strategie van vaccinatie, testing en herstelcertificaat, blijft nog altijd de volgen strategie. Wel is het zo dat deze Delta-variant en de vierde golf ons noopt om hierbij bijkomende maatregelen te nemen. Dat de testoptie wel nog in huidige CST zit, is ondubbelzinnig bewijs van proportionaliteit.“

Aus dieser Antwort der Beauftragten und aus anderen Antworten, die die Beauftragten der Gesetzgebungsabteilung im Rahmen der Untersuchung der Akte gegeben haben, ergibt sich, dass die im vorliegenden Zusammenarbeitsabkommen beabsichtigte Ausweitung des Anwendungsbereichs des COVID Safe Tickets dem ersten Anschein nach ein angemessenes und verhältnismäßiges Mittel ist, um das angestrebte Ziel des Schutzes der Volksgesundheit zu erreichen. Die Gesetzgebungsabteilung ist jedoch der Ansicht, dass die Stichhaltigkeit und die Verhältnismäßigkeit der Ausweitungen des COVID Safe Tickets, was dessen Angemessenheit und dessen Notwendigkeit betrifft, unter anderem aufgrund der gerichtlichen Streitigkeiten, denen das COVID Safe Ticket ausgesetzt ist, besser unterstrichen werden sollten, insbesondere im Lichte der Informationen aus den derzeit verfügbaren wissenschaftlichen Studien und der Gesamtheit der anderen Maßnahmen, in die sich diese Regelung einfügt und mit denen sie kombiniert wird. Der Umstand, dass die wissenschaftlichen Kenntnisse in der heutigen Phase der Covid-19-pandemie noch unvollständig sind und sich außerdem ständig ändern können, beeinträchtigt nicht diese Notwendigkeit, die Wirksamkeit und die Verhältnismäßigkeit der entworfenen Maßnahmen zu begründen.

B. Über die Anwendung der für die « Massenveranstaltungen » geltenden rechtlichen Regelung auf „private Treffen“

11. Unter bestimmten Vorbehalten werden die Bestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 über die Massenveranstaltungen, und insbesondere die Artikel 2bis § 3 Absatz 4, 12, 13 und 13bis dieses Abkommens, mit dem vorliegenden Zusammenarbeitsabkommen auf private Treffen anwendbar gemacht.

Die Gleichwertigkeit der beiden Regelungen wirft jedoch Fragen hinsichtlich der konkreten Anwendung gewisser Bestimmungen über die Regelung für Massenveranstaltungen auf private Treffen auf.

11.1. Auf die Frage, ob die Personalausweise für private Treffen gemäß Artikel 12 § 1 Nr. 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 kontrolliert werden müssen, antworteten die Beauftragten Folgendes:

„Indien het gaat over een familielid, vriend, bekende, ... waarbij de naam reeds gekend is gaat het puur over een biometrische identificatie (gezichtsherkenning) en dient er geen identiteitsbewijs te worden gevraagd.“

11.2. Zu der Anwendung von Artikel 12 § 2 Absatz 2 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 (über das Einlesen des digitalen EU-COVID-Zertifikats) auf private Treffen befragt, erläuterten die Beauftragten, dass:

„Deze verplichting geldt wel, aangezien hier uitwerking wordt gegeven aan de gelimiteerde omstandigheden waarin het DCC/COVID Safe Ticket moet worden ingelezen. Aangezien we enkel gebruik willen maken van de mogelijkheid om het COVID Safe Ticket voor private bijeenkomsten te gebruiken tijdens de epidemische noodsituatie die momenteel van kracht is, moet deze gelimiteerde toepassing van het DCC/COVID Safe Ticket ook van kracht zijn voor de regeling die wordt uitgewerkt in huidig wijzigingssamenwerkingsakkoord.“

11.3. Auf die Frage, ob die Zielsetzung der Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Verwendung des COVID Safe Tickets für private Treffen auf eine deutlichere Weise als durch einen Hinweis auf Artikel 12 § 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 ausgedrückt werden sollte, um dem aus Artikel 22 der Verfassung abgeleiteten Rechtsmäßigkeitsprinzip gerecht zu werden, antworteten die Beauftragten Folgendes:

„De doelstelling van de gegevensverwerking blijft identiek met degene vastgesteld in de eerdere samenwerkingsakkoorden, deze moet daarom niet opnieuw vermeld worden in dit wijzigingssamenwerkingsakkoord.“

11.4. Die vorhergehenden Fragen und Antworten zeugen von einer gewissen Unsicherheit in Bezug auf die entsprechende Anwendung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 auf private Treffen. Im Interesse der Rechtssicherheit wird empfohlen, eine eigene Regelung für die privaten Treffen auszuarbeiten, in deren Rahmen die spezifischen Zielsetzungen der Datenverarbeitung erläutert würden.

C. Über den Begriff „privates Treffen“

12. Da die Auferlegung des COVID Safe Tickets für die Teilnahme an privaten Treffen zu einer Einschränkung des Rechtes auf Achtung des Privatlebens der betreffenden Personen führt, muss der Begriff „privates Treffen“ dem aus Artikel 22 der Verfassung abgeleiteten Rechtmäßigkeitsprinzip in seiner formellen und in seiner materiellen Dimension entsprechen.¹⁹ Diesbezüglich sind die folgenden Bemerkungen zu formulieren.

12.1. Zunächst ergibt sich, dass der Begriff „privates Treffen“ durch Hinweis auf den „Königlichen Erlass zur Durchführung von Artikel 4, §1 des Gesetzes vom 14. August 2021 über verwaltungspolizeiliche Maßnahmen während einer epidemischen Notlage“ in Artikel 1 des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens definiert wird.²⁰

Beabsichtigen die Verfasser des Zusammenarbeitsabkommens damit, davon einen dynamischen Hinweis zu machen, so ist festzustellen, dass ein solches Verfahren im Hinblick auf das Prinzip der formellen Rechtmäßigkeit nicht annehmbar ist, da die Begriffsbestimmung des betreffenden Sektors ein wesentliches Element der ausgearbeiteten Regelung darstellt, das vom Gesetzgeber selber bestimmt werden muss.

Darüber befragt, antworteten die Beauftragten Folgendes:

„We zijn zeker bereid de definitie opnieuw te bekijken en aan te passen teneinde de nodige transparantie en rechtszekerheid te bekommen, doch onze opmerking onder punt 10.b blijft echter wel gelden. Wat wij echter weinig tot niet wenselijk vinden, is het feit dat men in geval van epidemiologische omstandigheden die ons nopen om de drempels zoals opgenomen in het KB aan te passen, deze drempels middels een W-SWA zouden moeten worden aangepast. Vandaar de noodzaak deze uitvoeringsmodaliteiten te bepalen in het KB. We dienen over enige flexibiliteit te beschikken om snel te kunnen bijsturen, de evolutie van de pandemie en zijn bestrijding heeft een veel hoger ritme dan de tijd nodig om wetgeving aan te passen.“

12.2. Die Gesetzgebungsabteilung macht jedoch die Verfasser des Zusammenarbeitsabkommens darauf aufmerksam, dass auch wenn die Definition in Artikel 1 Nr. 20 des Königlichen Erlasses vom 28. Oktober 2021 ‚über die verwaltungspolizeilichen Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Folgen der ausgerufenen epidemischen Notsituation in Bezug auf die Pandemie des Coronavirus COVID-19 für die Volksgesundheit zu verhindern oder einzuschränken‘ in den verfügbaren Teil des Zusammenarbeitsabkommens übernommen wird, noch überprüft werden muss, ob diese Definition präzise genug ist, um dem Prinzip der materiellen Rechtmäßigkeit zu entsprechen.

¹⁹ Über diese beiden Dimensionen siehe das o.a. Gutachten 68.936/AV, Bemerkungen 70 bis 73.

²⁰ Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Wörter „le cas échéant“, die in der französischen Fassung des entworfenen Artikels 1 § 1 Nr. 25 stehen, in den deutschen und niederländischen Fassungen nicht übersetzt sind.

In Artikel 1 Nr. 20 des o.a. Königlichen Erlasses vom 28. Oktober 2021 wird der Begriff „private Zusammenkunft“ nämlich wie folgt definiert:²¹

„eine Zusammenkunft, bei der der Veranstalter vor Beginn der Zusammenkunft durch individuelle Einladungen den Zugang zur Zusammenkunft ausschließlich auf eine genau definierte Zielgruppe beschränkt, die mit dem Veranstalter in Verbindung steht und eindeutig von der Öffentlichkeit unterschieden werden kann“.

Fraglich ist, ob die folgenden Lagen im Lichte dieser Definition als „private Treffen“ betrachtet werden können: eine Unterrichtseinrichtung, die eine Prüfung für mindestens 50 Teilnehmer organisiert, ein Jugendverband mit mehr als 50 Mitgliedern, die für eine Tätigkeit anwesend sind, ein Beschäftigungsort mit mehr als 50 Arbeitnehmern, oder noch eine Chorprobe.

Eine Frage stellt sich auch hinsichtlich der Form der betreffenden individuellen Einladung. Muss sie unbedingt schriftlich sein oder kann sie mündlich oder stillschweigend erfolgen (z.B. eine wöchentliche Probe oder ein Training zu einem festen Zeitpunkt, an dem nur Mitglieder einer privaten Vereinigung teilnehmen)?

Über diese beiden Punkte antworteten die Beauftragten Folgendes:

„De gehanteerde definitie omvat welomschreven criteria, die maken dat het begrip afdoende wordt afgebakend, i.e. een bijeenkomst waarbij een organisator voorafgaand aan de start van de bijeenkomst door middel van individuele uitnodigingen de toegang beperkt tot een welomschreven met de organisator verbonden doelgroep die duidelijk te onderscheiden valt van het grote publiek;

a. Er dient geval per geval te worden beoordeeld of een bijeenkomst aan de hoger omschreven voorwaarden voldoet.

Er kan worden toegelicht dat de maatregelen inzake jeugdactiviteiten en onderwijs worden uitgewerkt door respectievelijk de ministers van Jeugd en Onderwijs van de deelstaten en niet gevat worden door de definitie. Daarnaast gelden de beperkingen inzake private bijeenkomsten niet voor professionele bijeenkomsten, waarvoor de regels van het telehuiswerk gelden.

b. De notie individueel impliceert dat duidelijk identificeerbaar moet zijn aan wie de uitnodiging is gericht (bv. geen algemeen facebook evenement). Onder meer in de volgende gevallen kan dus geen sprake zijn van een private bijeenkomst:

de uitnodiging kan worden verkregen op initiatief van de genodigde;

de uitnodiging kan worden verkregen na de start van de bijeenkomst;

de uitnodiging kan worden verkregen door personen die geen enkele band met de organisator kunnen aantonen.

²¹ Seit dessen Änderung durch den Königlichen Erlass vom 4. Dezember 2021 „zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 28. Oktober 2021 über die verwaltungspolizeilichen Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Folgen der ausgerufenen epidemischen Notsituation in Bezug auf die Pandemie des Coronavirus COVID-19 für die Volksgesundheit zu verhindern oder einzuschränken“.

Het KB bepaalt niet de wijze waarop deze uitnodiging moet worden verstuurd. Vanuit die optiek kan deze notie in beginsel betrekking hebben op wekelijks terugkerende private bijeenkomsten; een schriftelijke uitnodiging is niet noodzakelijk nodig.“

Im Interesse der Rechtssicherheit wäre es ratsam, die betreffenden Hypothesen deutlicher zu bestimmen. Zumindest wird auf jeden Fall empfohlen, Beispiele in den allgemeinen Erläuterungen zu erwähnen, damit Diskussionen über die Frage, ob das COVID Safe Ticket angewendet werden soll oder nicht, möglichst vermieden werden.

D. Über die Tragweite der Befreiung für in der „privaten Wohnung“ organisierte Treffen

13. Im entworfenen Artikel 13 § 9 Absatz 2 des Zusammenarbeitsabkommens wird die Anwendung des COVID Safe Tickets auf „private Treffen, die in der Privatwohnung organisiert werden, es sei denn, dort werden professionell organisierte Catering-Aktivitäten in Anspruch genommen“, ausgeschlossen.

Zwecks Verdeutlichung wurden die folgenden Fragen über den Begriff „Privatwohnung“ (*private woonst* in der niederländischen Fassung und *domicile privé* in der französischen Fassung) den Beauftragten gestellt: a) schließt er die Zweitwohnungen ein?; b) wird damit nur die Privatwohnung des Organisators gemeint?; c) kann er eine Wohnung umfassen, die vorübergehend (z. B. für eine Woche oder einen Monat) gemietet wird? und d) entspricht er oder nicht dem Begriff „zu Hause“ (*thuis* in der niederländischen Fassung) im Sinne von Artikel 12 § 1 Absatz 1 Nr. 1 des Königlichen Erlasses vom 28. Oktober 2021 „über die verwaltungspolizeilichen Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Folgen der ausgerufenen epidemischen Notsituation in Bezug auf die Pandemie des Coronavirus COVID-19 für die Volksgesundheit zu verhindern oder einzuschränken“?

Auf diese Fragen wurde wie folgt geantwortet:

„a. De private woonst is niet hetzelfde als een hoofdverblijfplaats. De private woonst behelst elke woning waar personen residentieel verblijven, aldus ook een tweede verblijf.

b. Niet noodzakelijk, maar moet wel om de private woning van iemand gaan.

c. Ook een tijdelijk gehuurde woning wordt gevat door de definitie van een private woonst, daar deze ook wordt gebruikt voor residentieel verblijf.

d. Het begrip ‘private bijeenkomsten in een privéwoning’ mag inderdaad op de zelfde manier worden geïnterpreteerd als het begrip ‘private bijeenkomsten thuis’ zoals gebruikt in het desbetreffende KB.“

Hinsichtlich der Bedeutung des Begriffs „professionell organisierte Catering-Aktivitäten“ und der Rechtfertigung des so geschaffenen Behandlungsunterschieds zwischen verschiedenen Arten von in der Privatwohnung organisierten privaten Treffen wurden auch die folgenden Fragen immer noch zwecks Erläuterungen dem Beauftragten gestellt:

„a. Kan u dit begrip toelichten?

b. De invulling ervan lijkt min of meer voor de hand te liggen indien door één dienstverlener zowel de locatie als bijvoorbeeld een maaltijd wordt aangeboden voor de private bijeenkomst. Maar wat indien een externe dienstverlener horeca-gerelateerde prestaties verricht tijdens een bijeenkomst in een zaal die eigendom is van de organisator zelf?

c. Wanneer is een activiteit ‘georganiseerd’ door een professional? Is het determinerend wie het initiatief heeft genomen? Of welke prestaties concreet worden verricht? Zo ja, vanaf wanneer is er sprake van professioneel georganiseerde horeca-activiteiten? (Louter het leveren van maaltijden zal wellicht niet bedoeld worden, maar waar ligt de grens?)

d. Pourquoi différencier les réunions privées organisées dans les domiciles privés et celles organisées dans les domiciles privés pour lesquelles il est fait appel à des activités horeca organisées de manière professionnelle?“

Die Antworten der Beauftragten auf diese verschiedenen Fragen lauteten wie folgt:

„a. Bezoldigde activiteit door een geregistreerd horeca-bedrijf (KBO) die specifiek zijn gevraagd om maaltijden, drank, en andere omkadering te gaan voorzien met medewerkers ter plaatse die niet deelnemen aan de private bijeenkomst op zich

b. dan valt dit onder de sector van de horeca (of mogelijks van een discotheek/dancing indien de organisator een uitbater is van één van deze laatste voorzieningen)

c. Zie a.

d. Met dit onderscheid beogen we de ‘kleine’ familiefeesten en bijeenkomsten tussen mensen goed te scheiden van de feesten met een professionele omkadering die normaal gezien meestal worden georganiseerd in speciaal daarvoor voorziene etablissementen waar het COVID Safe Ticket momenteel al moet of kan worden gebruikt (naargelang de regio waarover het gaat). We willen vermijden dat personen de geldende gezondheids- en veiligheidsregels voor feestzalen willen omzeilen, in hun private woonst gaan houden.“

Im Interesse der Rechtssicherheit und zur Erfüllung der Anforderungen der materiellen Rechtmäßigkeit wäre es ratsam, die betreffenden Befreiungshypothesen deutlicher zu bestimmen. Zumindest wird auf jeden Fall empfohlen, Beispiele in den allgemeinen Erläuterungen zu erwähnen, damit Diskussionen über die Frage, ob das COVID Safe Ticket angewendet werden soll oder nicht, möglichst vermieden werden.

E. Redaktionelle Bemerkungen

14. Wie die Beauftragten es bestätigten, ist der Satzteil „die Gleichwertigkeit in diesem Artikel“ im entworfenen Artikel 13 § 9 Absatz 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 jedesmal durch „die Gleichwertigkeit in diesem Paragraphen“ zu ersetzen.

15. Noch immer im entworfenen Artikel 13 § 9 Absatz 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2021 wird auf „eine Reihe von Maßnahmen“ hingewiesen, die die Teilgebiete ergreifen können. Die Beauftragten bestätigten, dass damit (ausschließlich) die in Artikel 2bis § 3 Absatz 4 (ii) und Artikel 13bis § 2 des Zusammenarbeitsabkommens erwähnten Maßnahmen gemeint werden, und schlugen vor, diese Formulierung anzupassen. Diesem Vorschlag kann zugestimmt werden.

DER GREFFIER

DER PRÄSIDENT

Annemie GOOSSENS

Martine BAGUET

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Rita VAN DEN EECKHOUT, Erster Auditor, übersetzt.

Der Chefgreffier,

Gregory Delannay